

24. April 2026

Informelle Tagung der Telekommunikationsminister | Schutz Minderjähriger im digitalen Raum

Sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär [REDACTED]

[REDACTED]
Public Policy Director
Deutschland, Österreich,
Schweiz
Kemperplatz 1
10785 Berlin
Deutschland
[REDACTED]

die Informelle Tagung der Telekommunikationsminister am 29./30. April 2026 markiert einen entscheidenden Moment für eine koordinierte europäische Antwort auf den Schutz von Minderjährigen im digitalen Raum.

Die Bestandsaufnahme der deutschen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ vom 20. April liefert dafür eine aktuelle wissenschaftliche Grundlage: Sie stellt kein grundsätzliches Regulierungsdefizit fest, sondern Defizite im Vollzug. Zugleich macht sie deutlich, dass nationale Alleingänge durch das Unionsrecht erheblich begrenzt sind. Vor diesem Hintergrund ergeben sich klare Prioritäten, die wir in die Diskussion einbringen wollen:

1. EU-weite digitale Volljährigkeit mit Elternzustimmung für unter 16-Jährige

- Wir begrüßen die Empfehlung der zypriotischen Ratspräsidentschaft für eine **harmonisierte digitale Volljährigkeit auf EU-Ebene**.
- Wir unterstützen den gemeinsamen Aufruf von Rat und Europäischem Parlament für **zielgenaue, EU-weit verbindliche Regelungen mit elterlicher Zustimmung** beim Zugang zu allen digitalen Diensten.
- Dieser pragmatische Ansatz sorgt für Rechtssicherheit, indem er **ein Mindestalter von 16 Jahren festlegt und unterhalb dieses Alters die Zustimmung der Eltern** zum Zugang des Dienstes vorschreibt.
- Die **Konvergenz zwischen Rat und Europäischem Parlament** ist eine historische Chance, die es zu nutzen gilt.

2. Effektive zentralisierte Altersverifikation

- Wirksame Altersverifikationsmechanismen durch **Betriebssystem, App-Store, oder eine andere zentrale Ebene** sind die Grundvoraussetzung für eine funktionierende digitale Volljährigkeit.
- In einem solchen Modell wird das **Alter einmalig auf Geräteebene verifiziert**. Dies maximiert den Datenschutz, reduziert den Aufwand für Familien und gewährleistet eine **universelle Abdeckung des gesamten App-Ökosystems**.
- Diese Lösung ist so auch im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag verankert.
- Dieser Ansatz ermöglicht auch einen positiven Kreislauf, da Dienste wie Instagram, die eine laufende Altersverifizierung durchführen, ungenaue Alters-Signale erkennen und diese an das Betriebssystem bzw. den App Store zurückmelden können, um die Genauigkeit für alle Dienste im Laufe der Zeit zu verbessern.
- Wichtig ist, dass **jede Lösung inklusiv gestaltet sein muss** und Menschen nicht vom Zugang zu Diensten ausschließen darf.

3. **Breiter Anwendungsbereich als Voraussetzung für wirksamen Schutz**

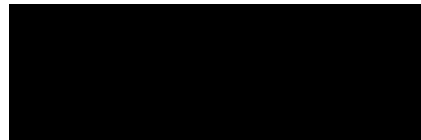
- Der Anwendungsbereich entsprechender Regelungen ist von entscheidender Bedeutung.
- **Eng gefasste Beschränkungen verlagern Risiken, statt sie zu beseitigen.**
- Das australische Beispiel belegt dies: Nach dem Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige stiegen Downloads von Alternativplattformen und die VPN-Nutzung sprunghaft an.
- **Elternzustimmung und Altersverifikation müssen daher für alle relevanten Anwendungen gelten**, nicht nur für soziale Medien.

4. **Generative KI und Chatbots: Bestehenden Rahmen nutzen**

- **AI-Act und DSA bieten gemeinsam den richtigen Rahmen** für den Jugendschutz in diesem Bereich.
- Er muss durch Durchsetzung, Leitlinien und delegierte Rechtsakte aktuell gehalten werden.

Wir würden die Gelegenheit sehr begrüßen, diese Positionen im Vorfeld der Tagung in einem persönlichen Gespräch vertiefen zu können, und stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Public Policy Director
Deutschland, Österreich, Schweiz